

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Einzelpreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quitt
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Zusatzgebühr für die sechspaltige Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Verlekt euren Vertrauensleuten nicht ihre Tätigkeit!

Es ist in den allermeisten Fällen nicht leicht und angenehm, Vertrauensperson des Verbandes im Betriebe zu sein. Darum sollte man zu diesen Ehrenämtern immer die tüchtigsten und erfahrensten Kollegen und Kolleginnen wählen. Wie kommt es, daß diese sich aber so oft gegen die Annahme eines solchen Postens sträuben? Gewöhnlich davon, daß sie schon früher Vertrauensleute waren; dadurch aber in Mißlichkeiten verwickelt wurden. Streitigkeiten der Vertrauensleute mit den Unternehmern lassen sich nicht immer vermeiden und es ist in den einzelnen Fällen Sache des Verbandes, dazu Stellung zu nehmen. Streitigkeiten der Vertrauensleute mit den Verbandsmitgliedern sollten jedoch nicht vorkommen. Selbstverständlich sind unsere Vertrauensleute nicht unfehlbar und es ist möglich, daß sie sich in dem einen oder anderen Falle nicht so verhalten, wie es das Wohl unseres Verbandes oder seiner Mitglieder erheischt. Dann möge man die Angelegenheit sachlich untersuchen und, wenn nötig und möglich, tüchtigere Vertrauensleute wählen. Das sollte aber alles mit Ruhe und Überlegung vor sich gehen und gerade in solchen Fällen sollten unsere Verbandskollegen und Kolleginnen nie aus dem Auge verlieren, daß sie stets den Unorganisierten ein Beispiel von Einigkeit und Kollegialität bieten müssen. Es darf nicht soweit kommen, daß die Blauen oder Gelben ihnen nachsagen: „Die wollen bei den Unternehmern etwas erreichen und sind nicht einmal unter sich einig!“

Die Vertrauensperson im Betriebe hat ein wichtiges und verantwortungsvolles Amt. Sie soll den Verbandsmitgliedern soviel wie möglich zu Hilfe kommen, sei es dem Unternehmer gegenüber oder um was es sich sonst beim Arbeitsverhältnis handeln möge; sie soll den Mitgliedern ebenfalls in allen Verbandsangelegenheiten mit Rat und Tat zur Seite stehen und weil es doch nun einmal nicht möglich ist, daß alle Verbandsmitglieder eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung zu gleicher Zeit zur Ortsverwaltung gehen können, so soll die Vertrauensperson in gemeinsamen Angelegenheiten das Bindeglied zwischen den Mitgliedern und der Ortsverwaltung sein. In Großbetrieben, wo viele Vertrauensleute sind, wählen diese zu dem Zweck Ob- oder wie man sie sonst nennen mag. Das alles ist unumgänglich notwendig, wenn man die Angelegenheiten des Verbandes wahrnehmen und damit auch dem Wohle seiner Mitglieder dienen will. Es kann vorkommen, daß diese Einrichtung nicht überall zweckmäßig ausgebaut oder stellenweise zu schwerfällig und darum ihren vielen und verschiedenartigen Aufgaben nicht gewachsen ist. Gerade in dieser Kriegszeit hat sich der Aufgabenkreis unserer Vertrauensleute ungemein erweitert. Sie haben jetzt mit Dingen zu tun, an die man früher nie gedacht hat. Besonders in den Werkstattoersammlungen und Vertrauensleutenstellungen der Großbetriebe kann man oft diese Erfahrung machen. Und dann muß man noch eines dabei bedenken: Die Vertrauensleute haben nichts von ihrer Tätigkeit. Gewöhnlich erhalten sie nur ihr Fahrgehalt usw. ersetzt, selten noch die notwendigen Bezahlungskosten. Die Fälle, wo sie von ihrer Stellung irgend welche Vorteile haben, sind äußerst seltene Ausnahmen. Aber viel Arbeit, Kauferei, Zeitverlust und manchmal noch recht viel Ärger haben sie fast regelmäßig und wenn man von den Vertrauensleuten auch verlangen muß, daß sie in der Pflichterfüllung den Mitgliedern mit gutem Beispiel vorangehen sollen, so darf man sich doch nicht wundern, wenn einmal einer von ihnen ermüdet und nicht mehr mitzumachen kann.

Sobald darf man ferner nicht vergessen: Alles können unsere Vertrauensleute nicht erreichen. Wo die Verhältnisse stärker sind als der Verband, da ist auch der beste Vertrauensmann ohnmächtig. Da muß man versuchen, den Verband noch mehr zu stärken oder was nach Lage der Sache dort sonst zu tun möglich ist. Außerdem: Behelligt eure Vertrauensleute nicht mit jeder Kleinigkeit! Ihr seid groß genug und mit wenigen Ausnahmen versteht ihr eure Dinge gewandt genug zu gebrauchen. Wenn es sich um Sachen handelt, die nur einzelne Mitglieder persönlich angehen, da sollte es nicht immer gleich heißen: „Verband, hilf!“ Wie haben wir es denn früher gemacht, als der Verband noch klein war? Es geht nicht an, daß man in der Frühstückspause, oder am Bierisch oder in der Werkstattoersammlung das große Wort führt und daß einem vor dem Unternehmer oder dem Meister das Herz in die Hose fällt. Da soll man ruhig und anständig, aber auch nicht zaghaft oder kriecherlich seine Sache führen. Etwas anderes ist es natürlich, wenn es sich um Dinge handelt, die die Gesamtheit der Kollegen und Kolleginnen angehen. Da heißt es fest zusammenhalten, die Vertrauensleute unterstützen und durch sein ganzes Verhalten zeigen, daß Vertrauensleute und Verbandsmitglieder eurig sind, einzig im Willen und einzig im Vollbringen!

Wenn aber durch Einigkeit etwas erzielt werden soll, so darf nicht jedes Verbandsmitglied erwarten, daß nun gerade sein Wille bis auf i-Tipfchen erfüllt werde. Es kann jedem geschehen, daß er einmal mit seiner Meinung in der Minderheit bleibt. Dann heißt es eben, sich der Mehrheit fügen, sich nicht trotzig zurückziehen und womöglich auf den Verband schimpfen. Auch durch solches verkehrtes Verhalten kann man den Vertrauensleuten ihr Amt verleiten und jedes Mitglied schaden sich dadurch schließlich am meisten!

Verbandskollegen! Wenn ihr euch dies stets vor Augen haltet, dann wird in den Betrieben immer ein gutes Einvernehmen unter den Verbandsmitgliedern herrschen, dann werden auch die Unorganisierten euch achten, ob sie wollen oder nicht. Dann wird es euch auch leichter fallen, vor dem Unternehmer eure Wünsche und Forderungen zu vertreten und nicht zuletzt werden eure Vertrauensleute mit Lust und Liebe ihres Amtes walten.

Zur Ernährungsfrage

haben der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die General-Kommission der Gewerkschaften an den Reichskanzler folgende Denkschrift gerichtet:

Berlin, den 9. September 1918.

An Se. Excellenz den Herrn Reichskanzler Grafen Dr. v. Hertling Berlin.

Die steigende Unzufriedenheit, die aus allen Teilen des Reiches und den verschiedensten Volksschichten wegen der unzureichenden Lebensmittelpflege in bitteren Klagen und Forderungen an uns zum Ausdruck kommt, berührt uns nachmalig die Aufmerksamkeit eurer Excellenz auf die höchst bedauerlichen Zustände zu lenken, unter denen die breiten Massen des Volkes gegenwärtig zu leben gezwungen sind. Wir haben diese Klagen wiederholt mündlich und schriftlich in eingehend motivierten Darlegungen eurer Excellenz und Ihren Herren Vorgängern vorgetragen, dem Kriegsernährungsamt und dem Reichsamt des Innern übermitteln, ohne von letzterem in allen Fällen Antwort erlangen zu können. Selber fanden unsere Vorschläge in den meisten Fällen nicht genügend Beachtung, unsere ersten Warnungen, die wachsende Erbitterung durch ungeeignete Maßnahmen nicht noch zu steigern, wurden in den Wind geschlagen.

So sind die Lebensverhältnisse des erwerbstätigen Volkes ständig schlechter geworden. Jede Erhöhung des Lohnes, jede Teuerungszulage war längst durch die gestiegene Kaufkraft des Geldes wirkungslos gemacht. Die Politik des Kriegsernährungsamtes, die lediglich durch Preisanzug eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuchte, führte gleich einer Schraube ohne Ende zu einer Verteuerung aller Lebensmittel, die mit den gesteigerten Produktionskosten nicht gerechtfertigt werden kann. Erzeuger und Händler sind trotzdem mit den Gewinnen noch nicht zufrieden. Während Millionen Männer auf dem Schlachtfeld ihr Blut dem Vaterlande geben müssen, werden ihre Angehörigen zur ewigen Schande unserer Zeit von eigenen Volksgenossen ausgegogen, die durch schamlosen Diebstahl mit Lebensmitteln die letzten Kräfte der Armer verzehren. Arbeiter, Ungelohnte, Beamte und Angehörige des Mittelstandes leiden in gleichem Maße unter diesen Zuständen. Ihr Einkommen reicht nicht zum Einkauf der allernotwendigsten Lebensmittel. Die durch die öffentliche Bewirtschaftung erreichten Lebensmittelpreise sind in ihrer Höhe zu gering, um das Leben zu erhalten; so kann sich niemand dem Schleichhandel entziehen.

Für Kleidung, Schuhe, Mäntel, Haushalts- und Wirtschaftsgüter müssen Wartungspreise gezahlt werden, die für die meisten unerschwinglich sind. Seit Jahren konnte hier vielfach keine Ergänzung erfolgen. Vergeblich wehren sich Erhaltungswille, Ordnungsliebe und Keilichkeitsbedürfnis gegen dieses Verhängnis. Alle Ersparnisse werden aufgezehrt, nur um das bloße Leben zu erhalten.

Mit dem Wirtschaftsniedergang geht der körperliche Kräfteverfall Hand in Hand. Die lange andauernde Unterernährung bringt nicht nur eine erhöhte Sterblichkeit der Kinder und der alten Leute; Frauen und Männer der Arbeiterklasse leiden gesundheitlich aufs schwerste.

Eine Besserung der Ernährungsverhältnisse muß unter allen Umständen Platz greifen, wenn die Volksgesundheit dauernd nicht noch schwereren Schäden erliegen soll.

Weiter hat aber gerade die letzte Zeit mehrfache Verschlechterungen gebracht. Die Getreidepreise wurden erhöht und die Regierung bezeichnete die Erhöhung als eine solche, die sich auch für die Minderbemittelten „in entzücklichen Grenzen“ bewege. Neben der Brotpreiserhöhung stieg der Preis der so wertvollsten Nahrungsmittel, zum Beispiel der für Griech von 32 auf 48 S, für Graupen von 36 auf 44 S pro Pfund, das ist eine Steigerung von 50 Prozent. Zu der Herabsetzung der Brotzuteilung, die dauernd bleiben soll, kam die Kürzung der Fleischration und die Einführung fleischloser Wochen. So sind dem Volke neue Entbehrungen auferlegt. Die wohlhabende Bevölkerung beschafft sich mit Hilfe des Schleichhandels ohne Rücksicht auf dessen fortgesetzte steigende Preise doppelte Lieferung und hilft sich so über die fleischlosen Wochen und die sonstigen Entbehrungen hinweg. Die Armen und Minderbemittelten aber müssen vierzehn Tage — einen halben Monat! — ohne ein noch so kümmerliches Fleischgericht vegetieren. Die ausgetragenen Ersatzmittel sind ungenügend und können die entgangene Fleischmahlzeit nicht ersetzen.

So sind Brot und Kartoffeln in steigendem Maße das Rückgrat unserer Volksernährung geworden. Deshalb ist es unabweisbare Pflicht der verantwortlichen Stellen, der Bevölkerung schnellstens für diese Verschlechterung mindestens ein erhöhtes Maß von Kartoffeln zu geben. Der Hinweis auf das reichliche vorhandene Gemüse genügt nicht, um diesen Anspruch zurückzuweisen. Sein geringer Nährwert, zumal bei fettloser Zubereitung, kann Fleisch und Kartoffeln nicht ersetzen, ganz abgesehen davon, daß so große Quantitäten nicht erhältlich oder bei den tiefen Preisen für die Minderbemittelten nicht erschwinglich sind.

Trotzdem besteht die Absicht, der Kartoffelversorgung des kommenden Jahres wieder das unzureichende Quantum von sieben Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche zugrunde zu legen. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes gibt bekannt, daß diese Festsetzung als „vorläufige“ bis zur Feststellung des Endergebnisses zu gelten habe. Dann solle geprüft werden, ob eine Erhöhung möglich sei. Genau die gleiche Erklärung, welche die ständige Hinweis auf die Bevölkerung noch aus dem verflochtenen Jahr in Erinnerung. Trotz der glänzenden Kartoffelernte war damals eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund pro Woche nicht zu erreichen. Transportbeschwerden wurden als das Haupthindernis gegen die Erfüllung dieser Forderung ins Feld geführt. Jetzt wird der gleiche Einwand erhoben.

Im Volke ruft die Kränkung neue Erregung hervor. Soziale Erbitterung sich in Formen entladen, die wir nicht wünschen, so trifft die ganze Schwere der Schuld allein die verantwortlichen Stellen des Reiches. Die Entscheidung hat gezeigt, daß im verflochtenen Jahr die Bevölkerung mit der Ration von sieben Pfund Kartoffeln nicht auskommen konnte. Wer es eben konnte, hat sich darüber hinaus selbst mit Kartoffeln versorgt. Die Transportbeschwerden des Kriegsernährungsamtes schufen eine glänzende Konkurrenz für den Schleichhandel, der die Schwereleuten spielend überwand. So zwangen organisatorische Un-

fähigkeit oder mangelnder Wille das barbenende Volk, 20 bis 30 A für den Zentner Kartoffeln zu zahlen. Die Eisenbahnen beförderten Tag für Tag Hunderttausende, die Kartoffeln in geringen Mengen in die Städte brachten. Die Folge also war gesteigerte Belastung der öffentlichen Transportmittel und unwirtschaftliche Art der Zuführung von Lebensmitteln.

Eine reichlichere Lieferung mit Kartoffeln wirkt dem Schleichhandel erfolgreich entgegen. Das drastische Strafbestimmungen niemals erzielen können, würde durch sie erreicht. Die Beibehaltung der Kartoffelration von sieben Pfund muß die Bevölkerung als Begünstigung des Schleichhandels empfinden.

Bereits am 25. Januar 1918 erklärte Herr Professor Dr. Kurrer im Parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamtes, daß eine Herabminderung der damals gegebenen Lebensmittel unerschwinglich und eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund das Gebot unabweisbarer Notwendigkeit wäre, um das Minimum zur Erhaltung von Gesundheit und Leben zu erreichen.

Sei jener Zeit ist, wie wir ausführlich, die Brotzuteilung herabgesetzt, die Fleischration vermindert, sind fleischlose Wochen eingeführt worden und durch steigende Teuerung der Einkauf erschwert. Deshalb ist eine Erhöhung der Kartoffelration selbst auf 10 Pfund heute nicht mehr ausreichend, um den notwendigen Ausgleich herbeizuführen.

Wir müssen daher eure Excellenz aufs dringendste ersuchen, zu veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Kartoffelernte von der öffentlichen Bewirtschaftung erfaßt, durch geeignete Maßnahmen die vorhandenen Transportbeschwerden beseitigt und eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelration baldmöglichst durchgeführt wird.

Der Regierung ist die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt; sie darf ihr nicht gleichgültig sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir einem Zustand entgegenstreben, der verhängnisvoll werden muß, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Begünstigung der Produzenteninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Fr. Ebert.

Die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Karl Geiler.

Weibliche Lehrlinge in der Metallindustrie

Die Frauenarbeit ist durch den Krieg in allen Ländern außerordentlich gefördert worden. Die Ursachen dafür liegen so klar zutage, daß es sich erübrigt, sie in diesem Aufsatz noch einmal anzuführen. Vor allem in der Metallindustrie konnten wir die Verbreitung der Frauenarbeit von Monat zu Monat verfolgen. Hier hat sie im Vergleich mit anderen Industrien am stärksten zugenommen, und den Frauen sind infolge des Mangels an gelernten Facharbeitern nach und nach Arbeiten zur Ausführung übertragen worden, an die in Friedenszeiten keine Weiterleitung gedacht haben würde. Wohl ist der Arbeitsgang der einzelnen Arbeitskräfte für die Frauen in Teilarbeiten zerlegt worden — die Massenherstellung der Munitionsindustrie ermöglichte und förderte diese Umstellung der Betriebsweise —, aber das Wesentliche dieser ganzen Entwicklung bleibt doch die Tatsache, daß Frauen und Mädchen Arbeiten leisten konnten, die früher nur von Männern, ja sogar in einzelnen Fällen nur von gelernten Facharbeitern hergestellt worden sind.

Das Urteil der meisten Betriebsleiter in Deutschland sowohl wie in England und Frankreich über die Ergebnisse der Frauenarbeit in bezug auf Güte und Leistung geht dahin, daß sich die Frau dort sehr gut bewähre, wo kleine Massengegenstände hergestellt werden, oder auch bei Arbeiten an Werkzeugmaschinen, wo tagaus tagein dieselben Handgriffe zu wiederholen sind. Die Leistung lasse jedoch sofort zu wünschen übrig, oder verfolge vollkommen, wenn schwerere und zusammengebaute Arbeitsvorgänge zu erledigen sind. Um ein Beispiel anzuführen: Das Drehen von Zündentellen an einer Revolverbank von Frauen sei durchaus befriedigend in bezug auf Stillschlag und Güte der Arbeit bis zu dem Augenblicke, wo ein Drehstuhl abbricht oder auch nur stumpf wird. Dann sehe die Frau hilflos da, und auch das Einstellen der neuen Werkzeuge durch den Einrichter kann ihr nicht die mindeste Teilnahme für den Arbeitsvorgang abgewinnen.

Diese Beobachtung kann jeder Metallarbeiter selbst machen. Auch die Erklärung dafür ist sehr einfach. Die ungelernete Frau, die oft erst durch den Krieg in die Metallindustrie gekommen ist, der jede Kenntnis der Werkzeugherstellung und Metallbearbeitung abgeht, kann ungenügend für solche schwierige Arbeitshandlungen die nötige Aufmerksamkeit haben. Ihr fehlen dazu die Grundlagen, die der Einrichter in langer Lehrzeit als Lehrling und Gehilfe sich erworben hat.

Seit längerer Zeit nun sind verschiedene Kreise bemüht, der Frau in der Metallindustrie solche Grundlagen zu vermitteln. Man macht den Versuch, die weiblichen Arbeiterinnen von gelernten Facharbeitern in dieser Beziehung unabhängig zu machen. In Anlernwerkstätten werden ihr in kurzfristigen Ausbildungszeiten die Grundlagen der Metallbearbeitung in ausübender und lehrhafter Weise vermittelt. Nach der Ausbildungszeit werden die Beschäftigten im Betriebe weiter ausgebildet. Das Bestreben geht zweifellos dahin, tüchtige, brauchbare und selbständig arbeitende Schlosserinnen, Dreherinnen und Werkzeugmacherinnen heranzubilden.

Ob sich die Frau für diese Facharbeiten der Industrie besonders eignet, haben wir hier nicht zu untersuchen. Wir wollen nur auf die Bestrebungen hinweisen, die in der deutschen Metallindustrie auf diesem Gebiete vorhanden sind. Gelingt es den Unternehmern nicht, die Arbeiterin zu einer vollwertigen Facharbeiterin heranzubilden, so werden die Versuche zweifellos das Ergebnis zeitiger, Frauen für Facharbeiten als Hilfsarbeiterinnen heranzubilden, die in der späteren Friedenszeit für das in leitenden Industrietrieben vorhandene Bestreben nach Verbilligung und Vermehrung der Erzeugung wertvolle Dienste leisten.

Die Ursachen, die Frau als Facharbeiterin in der Metallindustrie heranzubilden, sind verschiedenartig. Als erstes spricht die Erregung

